

Umfrage

Der Politik Beine machen

Diskriminiert?

1) Gibt es Menschen oder Gruppen an deiner Schule, die benachteiligt werden?

Julian Scheihorn, 14, Horn: Na ja, die Dummen halt. Nein, also die, die sich irgendwie selbst ausschließen. Manche machen sich über Schüler aus sozial schwächeren Gegenden lustig. Und es gibt Lehrer die Jungen oder Mädchen benachteiligen.

2) Wie wird benachteiligt?

Bei Gruppenarbeit sind es immer die Gleichen, die ohne Partner dastehen. Meistens auch die Gleichen, die in der Pause alleine auf dem Schulhof stehen und ausgelacht werden.

3) Was hat das mit Diskriminierung zu tun? Kennst du den Begriff?

Das, was ich genannt habe, würde ich nicht unbedingt als Diskriminierung beschreiben. Diskriminierungen fängt mit echt fiesem Beleidigungen, Hänseleien und so an.

4) Welche der Benachteiligungen findest du richtig?

Was soll ich machen? Wenn ich ausgeschlossenen Leuten anbiete, was mit ihnen zu unternehmen und sie aber ablehnen.

Bao Zhao, 17, Bremen: 1) An unserer Schule gibt es einige, die konsequent ausgeschlossen werden, weil sie auf irgendeine Weise anders sind. Sie haben keine Freunde, sehen uncool aus etc.

2) Lästern ist schon an der Tagesordnung. Oft sind es gerade die, die selbst oft verarscht werden, die andere fertig machen, um besser dazustehen. Ansonsten werden bestimmte Leute eben konsequent ausgeschlossen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem keiner irgendwie gehänselt oder ausgelacht wird. Oft ist ein Schulwechsel der letzte Ausweg.

3) Diskriminierung, ja, ich kenne den Begriff.

4) Ich kann eigentlich überhaupt keine Benachteiligungen verstehen. Etwas anderes wäre es, wenn mal irgendwas Schlechtes zwischen mir und der gemobbten Person vorgefallen ist.

Dennis, 19, Berlin: 1/2) Eigentlich weniger. Natürlich macht man hin und wieder Spaß untereinander. Man beleidigt sich gegenseitig: Du Türkel oder: Du Kartoffel!

3) Diskriminierung ist, wenn Menschen in einer Gesellschaft ausgeschlossen werden.

4) Keine. Mensch ist Mensch.

Philipp, 20, Berlin, Deutsch-Senegalese: 1/2) Eigentlich schon, das kommt auf das Verhalten an, wie sie sich geben. Die Benachteiligungen und Beleidigungen sind aber nicht so offensichtlich, sondern eher unterschwellig.

3) Unter Diskriminierung verstehe ich, wenn manche Gruppierungen benachteiligt werden.

4) Benachteiligungen finde ich nicht gut. Jeder sollte gleich behandelt werden.

Hast du selbst Erfahrungen mit Rassismus gemacht? Oft, sehr oft schon. Falscher Ort, falsche Zeit. Man steigt in die Bahn, dann sitzen da ein paar Nazis, und man muss sich irgendwas anhören. Oder in meiner alten Schule gab es Auseinandersetzungen mit Lehrern.

Und früher im Kindergarten, habe ich mir oft Wörter wie „Neger“ oder „Kraushaar“ anhören müssen. Aber das wird weniger, weil es auch immer weniger „Reindeutsche“ gibt.

Paul Benjamin Schüller, 7, Chemnitz: 1) Ja.

2) Gewalt selten. Aber Hänseleien.

3) Den Begriff kenne ich nicht.

4) Eigentlich find ich es nicht gut, manchmal mach ich auch mit. Das ist aber nicht gut von mir. **ILT, VT, AS, AF, KM**

In Bremen und Chemnitz warten SchülerInnen nicht, bis die Bundesregierung die Nichtdiskriminierungsrichtlinien der EU umsetzt. Sie werden aktiv und drängen ihre Stadtparlamente zum Handeln

„Unsere Stadt ohne Rassismus“ – die Botschaft eines ungewöhnlichen Projekts hat sich herumgesprochen. Jetzt wollen die jungen Chemnitzrinnen und Chemnitzler wissen, was es mit dieser Aktion auf sich hat. „Das ist ja übelst gut, Gymnasiasten, Mittelschüler und Förderschüler auf einem Haufen zu erleben. Normalerweise wollen die eigentlich nichts miteinander zu tun haben“, ist aus einer Ecke zu hören. Neugierige Blicke schweifen durch den Musikraum des Dr. W. André Gymnasiums. Die Schule liegt auf dem Kaßberg, dem nach der Wende sanierten und wunderschönen Jugendstilviertel. Viele suchen noch einen Sitzplatz, einige setzen sich gleich auf den Fußboden.

Dirk Eidner, Vorsitzender des Stadtschülerrats, wird allmählich nervös: „Das sind ja weit über hundert Leute!“ Mit so viel Andrang hat keiner gerechnet. „Für eine Antidiskriminierungsagenda in unserer Stadt“, so lautete der Aufruf, den die Bundeskoordination von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) im Oktober 2004 an alle Chemnitz Schulen schickte. Die meisten Schülerinnen und Schüler kommen aus den fünf Schulen, die dem SOR-SMC-Netzwerk angehören. Aber auch Vertreter aus zehntneren Schulen sind an diesem Tag anwesend.

Zugegeben. Das Wortungetüm „Antidiskriminierungsagenda“ ist eine Herausforderung. Umso überraschender ist die Lebhaftigkeit der Debatte. Viele Fragen schwirren durch den Raum. „Nimmt man nun die Benachteiligung aufgrund der ethnischen Herkunft oder der sexuellen Orientierung mit auf? Oder dominiert doch die Diskriminierung aufgrund des Alters in unserer Stadt?“ Ein kurzes, heftiges Aufklappen unter den Jugendlichen. Denn Chemnitz ist die Stadt mit den meisten Rentnern in ganz Deutschland. Auch Jan Voigtmann, Pate der Unteren Luisenschule in Chemnitz, eine SOR-SMC-Schule, ist gekommen. Als Veranstalter vom „Splash“, dem größten HipHop-Festival in Europa, das jährlich am Oberrabensteinsee stattfindet, weiß er: „Wir Chemnitzler müssen uns dafür einsetzen, dass unsere Stadt nicht von Menschen gemieden wird, die Angst vor rassistischen Übergriffen haben.“

Vormachen, wie es geht

Einige Jugendlichen sind skeptisch. Sie können sich schwer vorstellen, wie sie eine Zweidrittel-Mehrheit des städtischen Parlaments für eine lokale Nichtdiskriminierungsagenda gewinnen sollen. Denn das ist das Ziel von „Chemnitz ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Sie wissen, dass die rot-grüne Bundesregierung es nicht geschafft hat, die europäischen Nichtdiskriminierungsrichtlinien in nationales Recht umzusetzen. Schuld daran sind Innenminister Schily, der mangelnde politische Wille, aber auch der Widerstand



FOTOS: METIN YILMAZ

aus den Kirchen und der Wirtschaft. Einer der Schüler fragt in den Raum: „Wie können wir Jugendlichen etwas auf unsere Kommune übertragen, woran die erwachsenen Politiker im Bundestag scheitern?“ Eine Schülerin antwortet prompt: „Dann machen wir denen eben vor, wie es geht!“

Peter Streubel, Landeskoordinator von SOR-SMC in Sachsen, lässt sich nicht beirren. Er glaubt an die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Jugendlichen: „Ich bin überzeugt, dass die Kinder und Jugendlichen etwas bewegen können. Wichtig ist nun, dass sie sich untereinander vernetzen und Unterstützer in der ganzen Stadt finden.“

Einer dieser Unterstützer ist Tom Lehmann, Herausgeber des Stadtmagazins 371. Gemeinsam mit Gri Kluge, Mitarbeiterin beim Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen, unterstützt er die Schülerschaft seit dem Herbst 2004 bei der Ent-

wicklung der Antidiskriminierungsagenda und der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit. Bei einer Sitzung der Arbeitsgruppe Politik wird über den Aktionsplan der Projektmitglieder diskutiert. Das Ziel, 70 Prozent der Chemnitz Abgeordneten zur Unterzeichnung der Antidiskriminierungsagenda zu gewinnen, finden einige unter ihnen nicht ausreichend. Wie die Schülerin Laura Piotrowski meinen sie: Die Antidiskriminierungsagenda muss nicht nur vom Stadtparlament, sondern auch von Wohnungsbaugesellschaften, privaten Betrieben und öffentlichen Institutionen wie beispielsweise Krankenhäusern unterstützt werden. „Diskriminierung findet doch auch am Arbeitsplatz und bei der Wohnungssuche statt. Homosexuellen Pärchen zum Beispiel wird doch keiner eine Wohnung geben, obwohl es in Chemnitz ja genug Leerstand gibt“, begründet Laura Piotrowski ihre Kritik.

Ihre Forderung ist eindeutig: Chemnitz braucht ein Jugendparlament, das den Jugendlichen politische Partizipation ermöglicht und für das Thema Antidiskriminierung sensibilisiert. Tibor Szabo, Schüler am Sportgymnasium, beklagt: „In Chemnitz haben Jugendliche viel zu wenig Möglichkeiten, politisch einzugreifen. Da ist mit einem Grund, weshalb sich viele Schüler für rechte Gruppen oder die gymnasiale Burschenschaft interessieren. Sie haben den Eindruck: Die machen wenigstens etwas und haben auch noch Spaß miteinander.“

Nach der ersten Veranstaltung im Herbst 2004 gab es in Chemnitz im Verlauf des Jahres 2005 mehr als dreißig Arbeitstreffen. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete eine Nichtdiskriminierungsagenda. Für diese werden sie nun in den nächsten Wochen um breite Unterstützung in Chemnitz werben. Schüler wie beispielsweise Tibor Szabo beschäftigen sich mit den Aktivitäten rechter Burschenschaften, die für ihre antidemokratischen Ideen an den Schulen werben. Wieder andere verschaffen sich einen Überblick über die rechtsextremistische Szene in Chemnitz (siehe Seite 3).

Um das Projekt „Unsere Stadt ohne Rassismus“ nun zum stadtwerten Gespräch zu machen, organisiert die AG Event für Ende Januar 2006 eine ganztägige Veranstaltung. Am Vormittag gibt es eine Informationsveranstaltung für die Chemnitz Bürger und die Politiker. Am Abend steigt dann die Party mit Konzerten lokaler Bands.

Auch in Bremen wollen Schülerinnen und Schüler ihre Kommune zu einer „Stadt ohne Rassismus“ machen. Regelmäßig treffen sie sich in Arbeitsgruppen, um den Aktionsplan für die nächsten Monate auszuarbeiten. Jugendliche aus den 13 SOR-SMC-Schulen der Stadt sind daran beteiligt. Karin Schlichting, Landeskoordinatorin in Bremen und Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung: „Für uns bietet dieses Projekt die Chance, dass die vielen Bremer SOR-Schulen miteinander in Kontakt treten und an einer gemeinsamen Sache arbeiten.“ In den zurückliegenden Monaten haben sich die Jugendlichen vor allem mit der Verbreitung rechter Musik-CDs auf den Schulhöfen und den Aktivitäten der Rechten im Bremer Umland, insbesondere in dem nahe gelegenen Verden beschäftigt.

In den nächsten Tagen, vom 13. bis zum 15. Dezember, werden die Mitglieder der Projektgruppe einen Stand in der Bremischen Bürgerschaft aufbauen, um die Abgeordneten direkt anzusprechen, um sie so für die Unterstützung ihrer Antidiskriminierungsagenda zu gewinnen. „Wir stehen ihnen dann auch gerne Rede und Antwort, weil wir felsenfest davon überzeugt sind, dass Bremen eine Antidiskriminierungsagenda braucht, um vor allem den Rechten das Wasser abzugraben“, meint Rike Uhlenkamp vom Schulzentrum Walle.

Auch wenn die jungen Menschen die Abgeordneten in den Stadtparlamenten nicht mehrheitlich für eine Stadt ohne Rassismus gewinnen können, so bleibt ihnen das Vertrauen darauf, dass sie als die Erwachsenen von morgen langfristig mit ihrem Engagement ein Zeichen gegen Diskriminierung und für ihre Zukunft gesetzt haben. **HG, AS, KM**

Bremer und ...

1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer Aufgabe Bremens wird, nachhaltige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.

2. Wenn in Bremen Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass offene Auseinandersetzungen mit dem Problem stattfinden, um gemeinsame Wege zu finden, einander zu achten.

3. Ich setze mich dafür ein, dass in Bremen im nächsten Frühjahr der Jugend ein Tag in der Bürgerschaft gegeben wird. Dort soll Aufklärung über Aktivitäten im rechten Spektrum stattfinden, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung vorzugehen.

Chemnitz Antidiskriminierungsagenda

Chemnitz Schülerinnen und Schüler engagieren sich in dem Projekt „Chemnitz ohne Rassismus – Schule mit Courage“, um Maßnahmen gegen alle Formen der Diskriminierung in der Stadt Chemnitz zu entwickeln. Wir wollen dazu beitragen, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das von einem Engagement jeder und jedes Einzelnen füreinander geprägt ist.

Trotz bestehender Antidiskriminierungsrichtlinien für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind diese bis heute in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht auf nationaler Ebene umgesetzt. In der Bevölkerung existiert kein ausreichendes Bewusstsein bezüglich Diskriminierung und Antidiskriminierung. Rechts-extreme Kräfte nutzen dies für ihre politischen Ziele aus.

Wir fordern die Bundesregierung, die Regierungen der Länder und der Kommunen deshalb auf, die Grundsätze der Antidiskriminierungsagenda durchzusetzen. Es muss zu einem Anliegen des Staates werden, ein Umdenken und eine Veränderung in der Wahrnehmung und in den Handlungsweisen der Bevölkerung und auf institutioneller Ebene im Sinne der Antidiskriminierung spezifischer gesellschaftlicher Gruppen zu gewährleisten.

Wir fordern deshalb in Chemnitz eine strikte Wendung gegen jegliche Form der Diskriminierung, insbesondere aufgrund der ethnischen Herkunft, der sexuellen Identität, der Religion und

Weltanschauung, der Behinderung und des Alters von Menschen.

Wir fordern die Einrichtung eines Jugendparlaments in der Stadt Chemnitz, damit wir an der aktiven Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien mitwirken können und die Partizipation von Jugendlichen und Kindern in der Politik gewährleistet wird.

Zur Umsetzung der Forderungen soll das Jugendparlament der Stadt Chemnitz vor allem unter den Jugendlichen und Kindern Aufklärungsarbeit in Form jugendgerechter Veranstaltungen leisten und Informationsmaterialien herausgeben. Wir fordern darüber hinaus die Stadt Chemnitz dazu auf, selbst zu einer aktiven Umsetzung der Antidiskriminierungsagenda beizutragen. Dabei muss eine effektivere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Kommune, den Vereinen und Interessenvertretungen von Gruppen und Organisationen, die sich mit dem Thema der Antidiskriminierung auseinandersetzen, entwickelt werden.

Wir fordern die in Chemnitz ansässigen Arbeitgeber sowie die Stadt Chemnitz, als Arbeitgeber der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, dazu auf, uns bei dem Anliegen gegen jede Form der Diskriminierung vorzugehen, zu unterstützen.